

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

auf Annahme einer EntschlieÙung

Kein parlamentarischer Rückhalt für linke Gewalt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit Hass und Gewalt wollen Linksextremisten unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung überwinden. Seit vielen Jahren leiden Berlinerinnen und Berliner sowie die neu in unsere Stadt ziehenden Bürger unter linken Gewaltexzessen: ob fremdenfeindliche Übergriffe auf das Kreuzberger Restaurant „Vertikal“, die Zerstörung finanzieller Existenzen durch feige Brandstiftungen oder regelmäßige Morddrohungen auf linksextremistischen Internetseiten sowie hinterhältige Steinwürfe auf bei der Polizei beschäftigte Menschen.

Die zunehmende Enthemmung bei Worten und Taten im gesamten Stadtgebiet geben Anlass zu größter Sorge. Dem muss endlich Einhalt geboten werden.

Hetze und Gewalt muss in unserer Demokratie mit allen rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln entgegengetreten werden. Niemand darf sich aus dem Parlament heraus unterstützt fühlen, wenn sie andere menschenverachtend beschimpfen, bedrohen und angreifen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt deshalb ausdrücklich – im Anschluss an die Ablehnung anderer Formen ideologisch motivierter Straftaten – jede Form linksextremer und linksradikaler Gewalt, gleich welcher Art und mit welcher vermeintlichen Rechtfertigung, und spricht den Opfern linker Gewalt seine Solidarität aus.

Berlin, 12. Juni 2017

Czaja, Luthe
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin